

JOSEF STREIT, Berlin

Zu einigen Methoden des „kalten Krieges“ und den Aufgaben unserer Justizorgane

i

Das Ziel der westdeutschen Kriegspartei besteht darin, die potentiellen Kriegsherde zu erhalten und zu einem Zeitpunkt, der den 'unverbesserlichen Militaristen vorteilhaft erscheint, einen dritten Weltkrieg auszulösen. Dabei spielt die Tatsache eine Rolle, „daß einige der imperialistischen Westmächte .. ihren Kardinalfehler aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg wiederholen, das heißt, erneut auf die alte Karte setzen, daß der deutsche Militarismus das deutsche Volk dazu bringen werde, gegen die sozialistischen Länder in einen Krieg zu ziehen ..“¹.

Der deutsche Imperialismus und Militarismus steht jedoch vor einer Reihe von unübersteigbaren Hindernissen. Ein solches Hindernis ist z. B. die Tatsache, daß dem deutschen Imperialismus große Teile seines früheren Machtbereichs durch die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik entzogen sind. Dieser erste deutsche Friedensstaat hat trotz unterschiedlicher ökonomischer Ausgangsposition große politische, ökonomische und kulturelle Erfolge errungen und genießt ein hohes Ansehen in der Welt. Der sozialistische Aufbau und die konsequente Friedenspolitik der Arbeiter-und-Bauern-Macht strahlen immer überzeugender auch auf breite Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands aus.

Diese Realitäten sind für die Bonner Ultras der Anlaß, ihre verbrecherische, volksfeindliche Politik zu verstärken. Die Konzeption der Ultras besteht darin, das Ansehen der DDR zu schädigen, ihre gesellschaftliche Ordnung und ihre Organe in Mißkredit zu bringen, ihre ökonomischen Grundlagen zu gefährden und Unruhe zu stiften, um im Ergebnis die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen und die Herrschaft des Imperialismus in ganz Deutschland zu errichten. Diese unversöhnlichen Feinde des deutschen Volkes würden es nicht ungerne sehen, wenn sich die Deutschen untereinander in einem Bürgerkrieg zerfleischen.

Aber die Bonner Ultras verkennen die politische Lage, denn wir sind, wie Walter Ulbricht sagte, „kein geeignetes Objekt für Erpressungen“. Heute geht es um die Verteidigung des Lebens und der Zukunft unseres Volkes, um die Verhinderung einer unvorstellbaren Katastrophe. Weil wir es mit gemeingefährlichen Gegnern zu tun haben, die bereits zwei weltweite Kriege angezettelt haben, dürfen wir keine Vorsichtsmaßnahme außer acht lassen. Seit dem 13. August 1961 herrschen an den Grenzen

der DDR einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin Ordnung und klare Verhältnisse. Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit ist an den Grenzen eine solche verlässliche Bewachung und wirksame Kontrolle eingeführt worden, wie sie bei jedem souveränen Staat üblich ist. Der Menschenhandel, das Grenzgängerunwesen, der Wechselstubenschwindel, die Vergiftung der Jugend durch Frontstadtkinos und sonstige Zersetzungsmittel gehören damit der Vergangenheit an. Die Sicherheitsmaßnahmen des Ministerrats der DDR, die auf Vorschlag der Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages und entsprechend dem einmütigen Beschluß der Volkskammer eingeleitet wurden, waren erforderlich, um der Wühltätigkeit der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben.

Jetzt kommt es darauf an, neue Methoden und Formen der psychologischen Kriegführung schnell zu erkennen und wachsamer denn je zu sein.

II

Eine der Methoden, mit der die Bonner Ultras den Abschluß eines Friedensvertrages und die Regelung der Westberlin-Frage unter allen Umständen zu verhindern suchen, besteht darin, die Spannungen in Deutschland zu verschärfen. Im „Münchener Merkur“ vom 24. Juni 1961 wurde beispielsweise eine Atomstreitkraft für die sog. Bundeswehr und die Organisierung des Bürgerkrieges gefordert. Das Adenauer-Blatt „Bonner Rundschau“ vom 10. Juli 1961 verlangt, „alle Mittel des Krieges“ anzuwenden. Es heißt dort u. a. wörtlich:

„Seit einiger Zeit und besonders nach dem Einzug Kennedys ins Weiße Haus wird viel davon geredet, daß die Strategie der Abschreckung durch die großen Kernwaffen nicht mehr genüge, daß sich die freie Welt in den Stand setzen müsse, alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden ... Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr, die Revolution.“

Es ist natürlich eine Lüge, wenn die „Bonner Rundschau“ ihren Lesern einzureden versucht, daß von diesen Mitteln erst nach „dem Einzug Kennedys ins Weiße Haus“ gesprochen werde. Wahr ist vielmehr, daß diese Skala verbrecherischer Methoden gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten

¹ Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der 18. Tagung der Volkskammer, Neues Deutschland (Ausg. B) vom 7. Juli 1961.